

Nr.	Budget / Referat / Team	Ergänzungsvorschlag Haushalt	Veränderung 2023 in €	Antragsteller	Bemerkung
1.	6	<p>Leitfaden Bäderstrukturentwicklung</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der FMR und den Sportdezernent*innen der Städte ein neues Konzept für die Freizeitgesellschaften und die Bäderstruktur im Verbandsgebiet zu erarbeiten. Hierzu soll nach Möglichkeit der „Arbeitskreis Bäder“ wiederbelebt werden. Im Referat 6 wird dafür eine Stelle eingerichtet.</p> <p>Begründung: Die Folgen von Corona, die steigenden Bau- und Unterhaltungskosten sowie der steigende Konkurrenzdruck auf dem Bädermarkt Ruhr führen dazu, dass es noch dringender wird, über regionale Lösungsansätze zur Aufstellung der Bäderstruktur nachzudenken. Dabei geht es sowohl um Bäder als Teil der Freizeiteinrichtungen, aber auch um die Sicherung des Schulunterrichts, Leistungs- und Breitensport sowie den Freizeitbereich in den Blick genommen werden. Dass immer weniger Kinder Schwimmen können, ist ein Alarmzeichen.</p> <p>Die FMR kann die notwendige Strategieentwicklung nicht allein gestalten, zumal noch nicht einmal alle Freizeitgesellschaften mit Beteiligung des RVR unter ihrem Dach sind. Eine Stelle, die die nötige Arbeit koordinieren kann, gibt es seit längerem nicht mehr beim RVR. Sie soll wieder geschaffen werden.</p>	+ 70 T€	DIE LINKE	
2.	6	<p>Ausgleich der Baukostensteigerung beim Investitionsfond Freizeitgesellschaften</p> <p>Um bei den aktuellen Baukostensteigerungen die Umsetzung der geplanten investiven Projekte in den Beteiligungsgesellschaften sicherzustellen, wird der Ansatz der Mittel um 30 Prozent erhöht.</p> <p>Begründung: Die aktuellen Baukostensteigerungen sind über die bestehenden Budgets der Freizeitgesellschaften allein nicht aufzufangen. Um die Planungs- und Umsetzungssicherheiten unter den gegebenen aktuellen Bedingungen zu verbessern, erfolgt eine Anpassung des Investitionsbudgets.</p>	+ 330 T€	DIE LINKE	
3.	VL/3/BMR	<p>Bessere Integration von Langzeiterwerbslosen und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt</p> <p>Die Verwaltung gibt eine Studie zu den Auswirkungen der Änderungen im Bereich der Arbeitsmarktförderung und des Sozialgesetzbuchs II in 2019 (Einführung des § 16i) auf die Beschäftigungssituation von Langzeiterwerbslosen im Ruhrgebiet in Auftrag. Hierbei soll auch das Thema der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt betrachtet werden.</p>	+ 200 T€	DIE LINKE	

		<p>Die Studie soll vor allem die Erarbeitung konkreter und praktikabler Handlungsansätze für kommunale Maßnahmen zur Verbesserung der Möglichkeiten zur Eingliederung von Erwerbslosen unterstützen. Die Ergebnisse werden auf einer Sozialkonferenz vorgestellt.</p> <p>Begründung: Vier Jahre nach der Änderung am Sozialgesetzbuch II sollten die Effekte, die bestehenden Herausforderungen und Hemmnisse bei der Förderung von Langzeiterwerbslosen zur besseren Teilhabe analysiert werden. Es geht darum, sowohl die vorhandenen Möglichkeiten besser zu nutzen als auch weitere Handlungsoptionen und Bedarfe zur Gestaltung der Rahmenbedingungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie der EU abzuleiten. Es ist paradox, dass die Langzeiterwerbslosigkeit ebenso steigt wie die Flüchtlingszahlen insbesondere aus der Ukraine, andererseits aber auch der Fachkräftemangel in der Region drastisch zunimmt.</p>			
4.	7/Personalrat	<p>Keine Kürzung der Mittel für Fort- und Weiterbildung</p> <p>Die Mittel für Fort- und Weiterbildung bleiben wie im Vorjahr bei 215.000 €.</p> <p>Begründung: Zu einem attraktiven Arbeitgeber gehören gute Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung, zur Schulung der Führungskräfte und eine zeitgemäße Fortbildung zur Digitalisierung. Deshalb sollten die Mittel für diesen Bereich nicht gekürzt werden.</p>	+ 28 T€	DIE LINKE	
5.	VL/12/Personalrat	<p>Zertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber durch den ADFC</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, für 2023 eine Zertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber durch den ADFC anzustreben.</p> <p>Begründung: Der RVR hat wichtige Aufgaben beim Ausbau der Radwegeinfrastruktur in der Region. Er sollte auch als Arbeitgeber bei der Förderung des Radverkehrs vorbildlich sein und die Anforderungen des ADFC für eine Zertifizierung umsetzen.</p>	+ 30 T€	DIE LINKE	
6.	4/4-1	<p>Erhöhung der Aufwendungen für Regionale Kulturförderung</p> <p>Der Ansatz zur Förderung von Projekten und Initiativen der freien Szene im Rahmen der Regionalen Kulturförderung wird auf 160.000 € angehoben.</p>	+ 50 T€	DIE LINKE	

		<p>Begründung: Seit mehreren Jahren sind die Bedarfe für eine Förderung der freien Szene höher als die Mittel, die bereitgestellt werden können. Deshalb beantragt DIE LINKE seit Jahren eine Erhöhung der Mittel. Der Haushalt 2023 sieht sogar eine Kürzung von 125 T€ auf 110 T€ vor: Das würde vor dem Hintergrund einer galoppierenden Inflation faktisch eine Kürzung bedeuten.</p>			
7.	4/4-1	<p>Erhöhung des Förderfonds Interkultur Ruhr</p> <p>Der Förderfonds Interkultur Ruhr wird aufgestockt. Die Verwaltung wird gebeten, für die kommenden Jahre mit dem Land über eine entsprechende Erhöhung der Landesmittel zu verhandeln.</p> <p>Begründung: Auch der Förderfonds Interkultur ist seit Jahren überzeichnet. Auch hier ist die Förderung durch den RVR auf Grundlage der „Nachhaltigkeitsvereinbarung Kulturhauptstadt“ oft existentiell. Sofern das Land seinen Anteil ab 2024 ebenfalls erhöht, kann die Summe für den RVR wieder etwas zurückgefahren werden.</p>	+ 100 T€	DIE LINKE	
8.	4/4-3	<p>Route der Industriekultur – Projekt „Route der sozialen Teilhabe“</p> <p>Für das Projekt werden insgesamt 100.000 € bereitgestellt.</p> <p>Begründung: Das neu geplante Projekt „Route der sozialen Teilhabe“ soll die Erinnerungskultur im Rahmen der Route der Industriekultur stärken und speziell die „Errungenschaften sozialer Demokratie“ und die Gewerkschaftsgeschichte thematisieren. Das Projekt wird mit der Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam geplant. Die dafür im Haushaltsansatz für 2023 vorgesehenen Mittel von 9 T€ Personal- und 19 T€ Sachmittel reichen jedoch kaum für eine Konzepterarbeitung. Um dieses wünschenswerte Projekt wirklich zu starten, sind 100 T€ schon eher wenig.</p>	+ 72 T€	DIE LINKE	
9.	4/4-2	<p>Ausbau der-Regionalen Sportförderung</p> <p>Die Fördersumme für Sportereignisse wird auf insgesamt 150.000 € jährlich erhöht.</p> <p>Begründung: Wie in den letzten Jahren hat auch 2022 die Fördersumme von 100 T€ nicht ausgereicht. Sport ist keine „Kernkompetenz“ des RVR, die Förderung in diesem Bereich ist für das Ruhrgebiet als Sportregion aber wichtig, auch um den RVR etwas populärer zu machen. Insofern sollten die Mittel von 2022 nicht auch noch auf 85 T€ gekürzt werden. Auch das Ziel, integrative Veranstaltungen zu fördern, kann mit so niedrigen Mitteln nicht weiterverfolgt werden.</p>	+ 65 T€	DIE LINKE	

10.	8/8-1	<p>Aktionsprogramm Kiesabbau-Folgelandschaften</p> <p>Um sicherzustellen, dass die Entwicklung von Zukunftsbildern und Konzepten zu Kiesabbaufolgelandschaften in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen insbesondere im Kreis Wesel zeitnah erfolgen kann, stellt der Verband mehr Mittel zur Verfügung.</p> <p>Begründung: Die heftige Auseinandersetzung um den Kiesabbau im Kreis Wesel macht deutlich, dass es wichtig ist, konkrete Perspektiven für die Folgenutzung zu entwickeln. Das unterstützt der RVR durch Bereitstellung von Personal- und Sachmitteln im Haushaltsentwurf der Verwaltung für 2023. Die Mittel hierfür sollen allerdings höher angesetzt werden.</p>	+ 50 T€ Personal	DIE LINKE	
11.	1/6	<p>Kürzung der Mittel für die Standortkampagne</p> <p>Die Mittel für die Fortsetzung der Standortmarketingkampagne werden um 995 T€ gekürzt.</p> <p>Begründung: Die Standortkampagne ist mit rund 3 Mio. Euro seit Jahren eins der größten Projekte des RVR. Nach derzeitigem Stand werden Ende 2023 knapp 19 Mio. Euro in die Kampagne geflossen sein. Um die Umsetzung der Kampagne hat es viele Diskussionen im RVR gegeben. In jedem Fall ist es sinnvoll und möglich, die Kampagne zunehmend in den „Regelbetrieb“ insbesondere der BMR zu überführen.</p> <p>Die gekürzten Mittel werden zur Gegenfinanzierung der hier vorliegenden Haushaltsanträge verwendet.</p>	- 995 T€	DIE LINKE	

Nr.	Budget / Referat / Team	Haushaltsbegleitanträge/Projekte (ohne direkte finanzielle Auswirkung)	Veränderung 2022 in €	Antrag-Steller	Bemerkung
1.	VL/7/11/12/18	<p>Integration von Langzeitarbeitslosen im RVR</p> <ol style="list-style-type: none"> Der RVR prüft weiter, wie über die bereits bestehenden Stellen hinaus weitere Möglichkeiten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf Grundlage von § 16i SGB II – Teilhabe am Arbeitsmarkt geschaffen werden können. Die Verwaltung prüft des Weiteren, wie diese Arbeitsverhältnisse nach Ablauf der dafür vorgesehenen Fristen in dauerhafte Stellen umgewandelt werden können. 	+/- 0 €	DIE LINKE	

		<p>Begründung: Entsprechend dem Strategiefeld „Arbeit und Soziales“ sollte der Verband auch weiter einen eigenen Beitrag zur bedarfsgerechten Qualifizierung und der Integration von Langzeiterwerbslosen in den Arbeitsmarkt leisten. Insbesondere in Bereichen wie Serviceleistungen, Freiraumpflege in den Revierparks und Grundstücksverwaltung könnten weitere Einsatzfelder liegen.</p>			
2.	BL II/7/18	<p>Wiedereingliederung der Gebäudereinigung</p> <p>Die Verwaltung entwickelt ein Konzept zur Wiedereingliederung der Gebäudereinigung in den RVR oder die Kooperation mit einer kommunalen Reinigungsgesellschaft. Das Konzept soll sowohl die finanziellen als auch die sozialen Aspekte prüfen.</p> <p>Begründung: Der RVR ist in den letzten Jahren gewachsen, nicht zuletzt durch den Ankauf der Kronprinzenstr. 6 sind auch die genutzten Büroflächen größer geworden. Vor diesem Hintergrund ist eine Wiedereingliederung der Reinigungskräfte in den RVR aus sozialen Gründen wünschenswert, da viele private Reinigungsfirmen ihre günstigen Angebote auf Lohndumping gründen.</p> <p>Durch die zu begrüßende Erhöhung des Mindestlohns haben sich auch die Bedingungen am Markt geändert. Vor diesem Hintergrund macht auch eine erneute Wirtschaftlichkeitsprüfung der Reinigung bzw. ihrer Vergabe Sinn. Alternativ wäre die Kooperation mit einer kommunalen Reinigungsfirma denkbar.</p> <p>Eine Neuorganisation des Reinigungsdienstes sollte auch besonders auf Angebote Langzeiterwerbslose achten.</p>	+ / - 0 €	DIE LINKE	
3.	VL/7/RVR Ruhr Grün/Beteiligungen	<p>Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete</p> <p>Die Verwaltung, Ruhr Grün und die Beteiligungsgesellschaften werden aufgefordert, keine befristeten Stellen ohne Sachgrund mehr einzurichten und weiter an der Senkung der Stellen mit sachbezogenen Befristungen zu arbeiten.</p> <p>Bei der Entwicklung neuer Projekte wird weiter die Frage von personellen Nachfolgebedarfen analysiert, um möglichst auch hier mit dauerhaften Stellen arbeiten zu können.</p> <p>Begründung: Beim RVR gibt es zurzeit 76 befristete Stellen. Das sind sogar noch 10 mehr als Ende Oktober 2021, als wir das Thema schon einmal zu den Haushaltsberatungen aufgeworfen haben.</p> <p>Der hohe Anteil unsteter Beschäftigung –mehr als 15 % der rund 500 Beschäftigten – ist sozialpolitisch inakzeptabel und führt zu Fluktuationen auch während der Laufzeit der Projekte, die die Arbeit erheblich erschweren.</p>	+ / - 0 €	DIE LINKE	

4.	VL/RVR Ruhr Grün	<p>Erarbeitung eines Standortkonzeptes Ruhr-Grün</p> <p>Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Ruhr Grün erarbeitet ein Konzept zur Nutzung der Standorte von Ruhr-Grün und ihren Ausbau. In diesem Zusammenhang soll geklärt werden, welche Bedarfe es an Sanierung und energetischer Ertüchtigung gibt und wo der von vielen positiv wahrgenommene Einsatz von Ranger*innen ausgeweitet werden kann.</p> <p>Die Ergebnisse werden Mitte des Jahres im Betriebsausschuss Ruhr Grün vorgestellt.</p> <p>Begründung: Die Aufgaben von Ruhr-Grün wachsen. In diesem Zusammenhang sollte geklärt werden, wo man hin will. Darüber hinaus gibt es den Bedarf, den bewährten Einsatz der Ranger*innen auszuweiten.</p>	+/- 0 T€	DIE LINKE	
5.	11/8-2/ Akr RVR- VRR-NWL / 21	<p>Nachhaltige IGA Verkehrsplanung auch im Bereich des ÖPNV</p> <p>Um das mit der IGA 2027 angestrebte Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur erreichen zu können, wird neben dem Ausbau der Radinfrastruktur auch ein nachhaltiger Ausbau des ÖPNV geplant. Die IGA 2027 gGmbH wird gebeten, sich dieser Aufgabe zu stellen.</p> <p>Begründung: In den ersten vorliegenden Verkehrsgutachten für die IGA gibt es klare Aussagen zur nachhaltigen Entwicklung der Radinfrastruktur. Beim ÖPNV wird dagegen auf den Einsatz von Sonderbussen gesetzt. Das kann nicht der „Weisheit letzter Schluss“ sein. Die ursprüngliche Konzeption der IGA zum Thema „Wie wollen wir leben“ hatte ausdrücklich auch eine nachhaltige Verbesserung des ÖPNV in der Region zum Ziel. Dieses Ziel ist weiter hoch aktuell.</p>	+/- 0 T€	DIE LINKE	
6.	12	<p>Konzept erneuerbare Energien auf und in Gebäuden des RVR</p> <p>Die Verwaltung entwickelt ein Konzept zur Nutzung erneuerbarer Energien auf und in den Gebäuden des RVR und der klimaresilienten Verbesserung der Gebäude.</p> <p>Begründung: Das vorliegende Gutachten zu den Potentialen zur Errichtung von Anlagen von erneuerbaren Energien zeigt, dass für die Flächen des RVR ein erhebliches Potential bei den erneuerbaren Energien besteht. Das gilt höchstwahrscheinlich auch für die Gebäude des RVR. Deshalb soll die Verwaltung ein Konzept zur Nutzung erneuerbarer Energien auf und in den Gebäuden des RVR entwickeln. Dabei soll es auch um mögliche Solarcarports gehen, Fassadenbegrünung usw..</p> <p>In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob in Zusammenarbeit mit der AGR eine autarke Energieversorgung für die Gebäude des RVR sinnvoll und möglich ist und ob und inwieweit z.B. gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut Konzepte zur Nutzung von Erdwärme entwickelt</p>	+ / - 0 €	DIE LINKE	

		<p>werden können. Zu berücksichtigen sind insbesondere auch die Freizeitgesellschaften mit ihrem hohen Energiebedarf.</p> <p>Da es sich hierbei um eine längerfristige Aufgabe handelt, soll die im RVR vorhandene Stelle hierfür entfristet werden.</p>			
7.	7/Gleichstellungsstelle/Personalrat	<p>Strategie für die Ausbildung im RVR – Ausbildungsnetzwerk</p> <p>Im Referat 7 wird ein Konzept zur Zukunft der Ausbildung im RVR erarbeitet. Geprüft werden soll, welche Bedarfe der RVR und seine Beteiligungsgesellschaften in den nächsten Jahren haben und welche Aufgaben gemeinsam mit den Kommunen in der Region angegangen werden können.</p> <p>Zu diesem Zweck wird eine stärkere Vernetzung mit den Kommunen in der Region in einem „Ausbildungsnetzwerk“ angestrebt, um dem Fachkräftemangel in den Verwaltungen gemeinsam entgegenzuwirken.</p> <p>Begründung: Die vor einigen Jahren recht gute Ausbildungsquote im RVR geht zurück. Zudem stimmt die derzeitige Ausbildung nicht einfach mit dem künftigen Bedarf überein. So wäre eine vermehrte Ausbildung von Werksstudent*innen auch im Bereich Masterstudiengänge nötig, bei Ruhr-Grün eine Ausbildung im Bereich Landschaftsgärtner*innen.</p> <p>Perspektivisch macht es Sinn, die Zusammenarbeit der Kommunen in Ausbildungsfragen stärker zu entwickeln.</p>	+/- 0 T€	DIE LINKE	